



Brüssel, den 2. Mai 2024
(OR. en)

9370/24

ESPACE 45

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	<i>Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) am 23./24. Mai 2024</i> Europäisches Weltraumgesetz: Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit der Weltraumtätigkeiten in der Union – <i>Gedankenaustausch</i>

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zum Thema „**Europäisches Weltraumgesetz: Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit der Weltraumtätigkeiten in der Union**“ im Hinblick auf den Gedankenaustausch auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 23. Mai 2024.

Europäisches Weltraumgesetz: Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit der Weltraumtätigkeiten in der Union

Gedankenaustausch

Politischer Kontext

Weltraumtätigkeiten stehen vor zahlreichen wachsenden Herausforderungen. Darunter befinden sich einige, die in jüngster Zeit dringlicher geworden sind und Handeln seitens der Union und der Mitgliedstaaten erfordern würden. Zweck dieses Dokuments ist es, einen Rahmen für den Gedankenaustausch der Ministerinnen und Minister zu bieten, um in Erwartung eines Kommissionsvorschlags zu den relevanten Aspekten eines zukünftigen europäischen Weltraumgesetzes Stellung zu nehmen.

Herausforderungen

Erstens: Durch die Ballung in bestimmten Umlaufbahnen – insbesondere der niedrigen Erdumlaufbahn –, die durch den raschen Anstieg der Tätigkeiten privatwirtschaftlicher Unternehmen im Bereich der Raumfahrt hervorgerufen wurde, steigt das Kollisionsrisiko. Diese Gefahren können schwerwiegende Folgen haben, zum Beispiel die Beeinträchtigung des Routinebetriebs in der Umlaufbahn, die Beschädigung oder den Verlust von Satelliten, den Ausfall (teilweise kritischer) weltraumgestützter Dienste oder den Zusammenstoß mit Flugzeugen beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre. Diese Szenarien könnten letztlich dazu führen, dass Umlaufbahnen für künftige Generationen nicht mehr nutzbar sind.

Zweitens: das Risiko von Cyberangriffen auf Weltrauminfrastruktur und deren elektronischer Beeinflussung, das durch geopolitische Ereignisse gestiegen ist. Cyberangriffe, von denen einige staatlich unterstützt werden, sind immer öfter gegen weltraumgestützte Ressourcen gerichtet. Zusätzlich ist die Weltrauminfrastruktur durch die komplexe Architektur der weltraumgestützten Ressourcen (verschiedene zusammenspielende Segmente, große Angriffsflächen, mehrere Zugangspunkte für potenzielle Angreifer), ihre Obsoleszenz (überkommene Telekommunikationsinfrastrukturen, Schwierigkeiten bei der Reparatur) und die Beschaffungsverfahren (komplexe Lieferketten) zu einem anfälligen Ziel geworden.

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen ist es auch von entscheidender Bedeutung, die Umweltauswirkungen von Weltraumtätigkeiten zu verringern und die Abhängigkeit von Technologien und Rohstoffen aus Drittländern zu verringern.

Maßnahmen

Die Mitgliedstaaten haben damit begonnen, diese Herausforderungen anzugehen und Rechtsvorschriften im Bereich Raumfahrt zu erlassen, um Weltraumtätigkeiten einen Rahmen zu geben und sie zu genehmigen. Heute verfügen elf Mitgliedstaaten über nationale Rechtsvorschriften im Bereich Raumfahrt, und weitere Mitgliedstaaten arbeiten diese gerade aus. Es gibt jedoch große Unterschiede in Anwendungsbereich und Tiefe dieser Rechtsvorschriften. In diesem Zusammenhang hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, ein europäisches Weltraumgesetz auszuarbeiten, mit dem gemeinsame Vorschriften für Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit von Weltraumtätigkeiten festgelegt würden. Unter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten würde das europäische Weltraumgesetz die Schaffung eines EU-Binnenmarkts für Weltraumtätigkeiten ermöglichen.

Die Europäische Kommission hat einen Konsultationsprozess mit den Mitgliedstaaten und der Industrie eingeleitet, einschließlich in Bezug auf die maßgeblichen Säulen des geplanten europäischen Weltraumgesetzes:

- Die Säule zum Thema Sicherheit würde sich insbesondere mit dem Risiko im Zusammenhang mit Kollisionen (d. h. Vermeidung von Kollisionen, Manövrierfähigkeit von Raumfahrzeugen, Positionierung in der Umlaufbahn) und der Entstehung von Weltraummüll (d. h.: Pläne zur Eindämmung des Weltraummülls), sowohl in Bezug auf Trägerraketen als auch auf Satelliten, befassen.
- Die Säule zum Thema Resilienz würde Risikobewertung und Sicherheitsrisiko-Szenarien zu zentralen Themen der EU-Raumfahrtindustrie machen und den Schutz aller Weltrauminfrastruktursegmente (Boden-, Weltraum- und Verbindungssegmente) konsequent verbessern.
- Die Säule zum Thema Nachhaltigkeit würde die Grundlage für gemeinsame Regeln zur Berechnung des Umweltfußabdruckes von Weltraumtätigkeiten schaffen, um diesen langfristig zu verringern.

Diskussionspunkte

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie muss, insbesondere für KMU und Start-up-Unternehmen, gestärkt werden. Mit dem europäischen Weltraumgesetz sollte weder die Industrie überreguliert werden, noch sollte es unterschiedslos auf alle Akteure der Industrie angewandt werden – **Verhältnismäßigkeit** sollte hierbei als entscheidender Faktor berücksichtigt werden. Es sollte sowohl Betreiber innerhalb als auch außerhalb der EU, die weltraumgestützte Dienste auf dem EU-Binnenmarkt in **Verkehr** bringen wollen, als auch potenzielle Marktverzerrungen betreffen. Das Gesetz sollte eindeutige Vorteile für die Industrie mit sich bringen, wie etwa eine Vereinfachung der Verwaltung, gleiche Wettbewerbsbedingungen, besseren Schutz und Stabilität, um Investitionen anzuziehen. Auch die verbindlichen Anforderungen sollten in verhältnismäßiger Weise angewandt werden. Im europäischen Weltraumgesetz sollten ferner unterstützende Maßnahmen vorgesehen sein, die die Einhaltung der verbindlichen Anforderungen durch die Raumfahrtindustrie erleichtern würden, z. B. Kapazitätsaufbau, technische und finanzielle Unterstützung.

Im derzeitigen geopolitischen Kontext muss der Schutz und die Resilienz der weltraumgestützten Systeme konsequent verbessert werden, und zwar über alle Satellitenbetreiber in der EU, alle Segmente (Weltraum, Boden und Datenverbindungen) und alle (kommerziellen, staatlichen, EU-eigenen) Ressourcen hinweg. Mit den Vorschriften sollte umfassende Rechtssicherheit für Akteure der Raumfahrtindustrie gewährleistet werden, und **Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit** sollten miteinander einhergehen.

Die wichtigsten internationalen staatlichen Akteure der Raumfahrt haben ihre Regulierungsmaßnahmen intensiviert, insbesondere in Bezug auf das Weltraumverkehrsmanagement und die Cybersicherheit, und sie wirken aktiv an der Schaffung einschlägiger internationaler Standards mit. Es kommt daher darauf an, so schnell wie möglich zu handeln, um sicherzustellen, dass die Raumfahrtindustrie der EU nicht gezwungen wird, Standards oder Normen zu befolgen, die von anderen Ländern festgelegt wurden. Die Maßnahmen der Union würden die EU zu einem glaubwürdigen internationalen Akteur machen, einschließlich bei der Festlegung unserer Normen und Standards.

Die Ministerinnen und Minister werden gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

Fragen

1. Wie kann am besten sichergestellt werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Raumfahrtindustrie der EU durch das europäische Weltraumgesetz gestärkt wird?
2. Wie kann das europäische Weltraumgesetz am besten dazu genutzt werden, die Resilienz der weltraumgestützten Systeme zu verbessern?